

BRIEF

aus dem Nationalrat



Leo Müller
CVP, Ruswil

Nach dem Abstimmungssonntag wissen wir wieder, wo wir stehen und was in Zukunft gilt. Klarheit herrscht und die Zeit der Ungewissheit ist vorbei. Hilfreich sind jeweils die eindeutigen

Demokratie ist anstrengend, aber ein Erfolgsmodell

Resultate. So wissen wir jetzt, dass wir als Schweiz die international abgeschlossenen Verträge einhalten werden und wir uns international erfolgreich bewegen können, dass die Kühe zwar Hörner tragen dürfen, aber dabei nicht

finanziell honoriert werden und dass Tricksereien mit Sozialversicherungen keinen Platz haben.

Schon geht es aber in die nächste Runde: Wir werden am 10. Februar 2019 über die Zersiedelungsinitiative abstimmen. In unserer Demokratie folgen Abstimmungen und somit Weichenstellungen Schlag auf Schlag. Das hält uns Stimmberechtigte fit und das ist ein wesentlicher Teil des Erfolgsmodells Schweiz. Wir als Stimmberechtigte sind gezwungen, uns immer und immer wieder mit politischen Fragen und mit Weichenstellungen für unsere Zukunft auseinanderzusetzen. Das ist gut so.

Auch warten wir gespannt, ob gegen die Steuervorlage 17 das Referendum – die Frist läuft am 17. Januar 2019 ab – zustande kommt oder nicht. Wenn die 50 000 Unterschriften zusammenkommen, werden wir im Frühjahr 2019 darüber abstimmen.

Für den Kanton Luzern ist diese Vorlage wichtig. Einerseits stärkt diese Revision die Rahmenbedingungen für

den Wirtschaftsstandort Schweiz und für den Wirtschaftsstandort Luzern. Andererseits hilft diese Vorlage auch, die Finanzen im Kanton Luzern wieder besser in den Griff zu bekommen. In dieser Vorlage ist geregelt, dass die Kantone einen grösseren Anteil – neu 21.2 Prozent – der Bundessteuern erhalten. Dadurch würde der Kanton Luzern rund 35 Millionen Franken mehr erhalten. Gleichzeitig wird eine Bestimmung im Finanzausgleich geändert, sodass der Kanton Luzern bei Firmenansiedlungen nicht mehr bestraft würde. Auch diese Massnahme brächte dem Kanton Luzern gemäss heutigen Hochrechnungen über 20 Millionen Franken ein. Diesen wichtigen Zustupf sollten wir uns nicht entgehen lassen.

In diesem Zusammenhang habe ich Mühe, die Luzerner Regierung zu verstehen. Sie weigert sich, den Gemeinden einen Teil des Zustupfes zukommen zu lassen, was aber in der Bundesvorlage vorgeschrieben ist. Die Regierung argumentiert – etwas vereinfacht gesagt –, dass es den Gemeinden finanziell gut gehe und der Kanton das grössere

Bedürfnis habe. Dieses Argument sticht nicht. Der Kanton und die Gemeinden haben in den letzten Jahren unterschiedliche Steuerpolitiken betrieben. Der Kanton hat im Laufe der letzten Jahre seine Steuern – für natürliche und juristische Personen – gesenkt. Dagegen haben die Gemeinden eine andere Steuerstrategie verfolgt: Sie haben die Steuern weniger deutlich gesenkt und ein grösseres Gewicht auf die Finanzierung ihrer Projekte gelegt. Nur weil die Gemeinden ihre Steuern etwas höher hielten und deshalb bessere Finanzergebnisse ausweisen, zu argumentieren, dass es den Gemeinden besser gehe und sie keinen Finanzbedarf hätten, ist falsch. Würde man ein solches Argument gelten lassen, müssten sich Gemeindepolitiker fragen, ob es nicht gescheiter gewesen wäre, ihre Steuern zu senken. Dann käme der Kanton nicht in Versuchung, finanzielle Mittel bei den Gemeinden «abzuholen».

Zwischenzeitlich läuft nun – seit gestern – die dreiwöchige Winteression. Im Zentrum steht die Weichenstellung für unsere Landesregierung. In den

nächsten noch verbleibenden sieben Tagen werden viele, viele Gespräche geführt. Es herrscht ein lebendiges Treiben. Ich verzichte hier auf eine Prognose. Vieles ist noch offen und die Aussagen im Vorfeld solcher Wahlen dürfen nicht immer als «bare Münze» genommen werden. Oftmals sind die Aussagen und das Handeln nicht ganz deckungsgleich.

Weiter befassen wir uns im Bundesparlament mit den Finanzen. Im Nationalrat sind dafür über 12 Stunden Beratung vorgesehen. Das Budget des Bundes und auch der Finanzplan haben schon schlechter ausgesehen. Für das Jahr 2019 ist ein Überschuss von 1,2 Milliarden Franken vorgesehen. Auch die kommenden Jahre sehen – mit Ausnahme von 2020 – Überschüsse vor. Aber gerade in Zeiten guter Finanzlagen werden die grössten finanzpolitischen Fehler gemacht. Deshalb gilt es, in dieser Session diszipliniert und wachsam zu sein.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine besinnliche Adventszeit.